

Bebauungsplan „Solarpark Schmidthachenbach“ in der Ortsgemeinde Schmidthachenbach

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a Abs. 1 BauGB

Dem Bebauungsplan ist eine zusammenfassende Erklärung beizufügen über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1. Art und Weise der Berücksichtigung der Umweltbelange

Zum Bebauungsplan wurde eine Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt und ein Umweltbericht gem. § 2 a BauGB erstellt. Hier wurden die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB untersucht, umweltbezogene Auswirkungen ermittelt sowie mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich geprüft. Die Behörden und Träger sonstiger öffentlicher Belange wurden frühzeitig zu Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung befragt.

Wesentliche Grundlagen der Aufstellung des Bebauungsplanes waren Informationen zu den wesentlichen Aspekten der Schutzgüter, wie bspw. Schutzgebiete, Topografie, Nutzungen usw.

Die Umweltprüfung für den Bebauungsplan kam bei den umweltschützenden Belangen zu folgenden Ergebnissen:

- Schutzgut Boden: aus der BFD 50 abgeleiteter Bodenfunktionserfüllungsgrad gering; offener Boden betroffen, daher insgesamt mittlere Wertigkeit; Vorbelastung durch intensive Ackernutzung; vorhabenbedingte Beeinträchtigungen durch Versiegelung und Überbauung mit Modulen (Beschattung, Veränderung Bodenwasserhaushalt); stellenweise hohe Erosionsgefährdung sowie Gefahr einer Abflusskonzentration bei Starkregen mit Abschwemmungen, daher spezielle Beachtung des vorsorgenden Bodenschutzes; Vorgabe von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen; Minimierung der zulässigen Flächenversiegelung und des Überbauungsgrades; im Bereich der Versiegelungen Auslösung einer Beeinträchtigung besonderer Schwere mit speziellem Ausgleichsbedarf, in unversiegelten Bereichen bei Beachtung der entwickelten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen geringe Beeinträchtigungen; auf den unversiegelten Flächen Verbesserung der Bodenfunktionen durch Aufgabe der intensiven agrarischen Nutzung und Umwandlung in extensives Dauergrünland; Verringerung der Erosionsgefährdung infolge der zukünftig ganzjährig geschlossenen Bodenbedeckung
- Schutzgut Wasser: kein Oberflächengewässer betroffen; geringe Bedeutung für Grundwasser; keine wasserwirtschaftliche Bedeutung; keine Funktionen für Hochwasserschutz; Vorbelastung durch intensive Ackernutzung; geringe

Wirkintensität; keine erhebliche Beeinträchtigung; positive Wirkungen, da bei extensiver Dauergrünlandnutzung kein Eintrag mehr von Pestiziden und Düngemitteln; Vorgabe von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

- Schutzgut Klima und Luft: keine besondere geländeklimatische oder lufthygienischen Ausgleichsfunktion; geringe Wirkintensität; keine relevanten lokalklimatischen Veränderungen; keine erhebliche Beeinträchtigung; positive Wirkungen, da PV-Nutzung einen wichtigen Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes leistet/wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes
- Schutzgut Pflanzen: geringe (Acker) bis maximal mittlere Bedeutung (mäßig artenreiche Fettwiese) für Flora und Vegetation; Aussparung einer FFH-LRT 6510-Wiese vor Überplanung; Vorhaben größtenteils mit mittlerer Wirkintensität; gemäß Matrixtabelle des Praxisleitfadens Auslösung von erheblichen Beeinträchtigungen (aber nicht von erheblicher Schwere); auf den versiegelten Wiesenflächen erhebliche Beeinträchtigung besonderer Schwere mit speziellem Kompensationsbedarf; Kompensation erfolgt durch (interne) Ausgleichsmaßnahmen (Entwicklung von extensivem Dauergrünland); ausreichend großer Waldabstand; keine Beeinträchtigung von benachbarten FFH-LRT 6510 Wiesen bei Einhaltung von Vermeidungsmaßnahmen während der Bauarbeiten
- Schutzgut Tiere/Artenschutz: insgesamt geringe faunistische Bedeutung bei geringer vorhabenbedingter Wirkintensität; keine erheblichen Beeinträchtigungen; Ausnahme: Brutvorkommen der Feldlerche: zukünftiger Solarpark könnte als Lebensraum genutzt werden, im Rahmen einer worst case - Betrachtung allerdings Durchführung artenschutzrechtlich begründeter vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen; Vermeidungsmaßnahmen zum Schutz vor bau-, betriebs- und anlagebedingten Beeinträchtigungen; externe Ausgleichsmaßnahmen auf im direkten räumlichen Zusammenhang liegenden Flächen mit artspezifischen Aufwertungsmaßnahmen zur flächigen Förderung der Feldlerchen; Anlage von Blühflächen und Brachestreifen; dadurch Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität der Fortpflanzungsstätte und Ausgleich der Beeinträchtigungen möglich; bei Einhaltung von Vermeidungs-, Minimierungs- und Ausgleichsmaßnahmen keine Auslösung eines artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes nach BNatSchG
- Biologische Vielfalt: geringe Bedeutung für Biodiversität und (über)regionalen Biotopverbund; bei entsprechender Zaungestaltung (ausreichend große Bodenfreiheit) kommt es aufgrund der geringen Längsausstreckung des Solarparkgebietes (weniger als 500 m) auch zu keinen relevanten lokalen Zerschneidungs- oder Barriere-Effekten; keine gesetzlich geschützten Biotope oder Lebensräume nach Anhang 1 der FFH-Richtlinie betroffen; kein hochwertiger oder bedeutsamer Lebensraum von für die Biodiversität bedeutsamen Tierarten inkl. bedeutsamer Vogelrastgebiete beeinträchtigt; potenzieller Verlust von Revieren der Feldlerche durch artspezifische Maßnahmen ausgleichbar; keine Umweltschädigung im Sinne des Umweltschadengesetzes
- Schutzgut Landschaft/Landschaftsbild: keine besonders herausragende Funktion für das Erleben und Wahrnehmen von Landschaft sowie für die landschaftsgebundene Erholung; keine historisch bedeutsame Kulturlandschaft; mittlere Wertigkeit; eingeschränkte Einsehbarkeit; zwar Sichtbezüge von Schmidthachenbach aus,

aufgrund der großen Entfernung von mindestens 500 m aber keine das Landschaftsbild dominierende oder qualitativ stark überprägende Wirkungen; keine erheblichen Beeinträchtigungen; Vorgabe von Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

- Schutzgut Mensch: siedlungsferner Standort, daher keine erhebliche Beeinträchtigung der direkten Wohnumfeldqualität (und insbesondere der menschlichen Gesundheit); aufgrund der großen Entfernung keine Blendwirkungen zu Wohnsiedlungen oder Straßen und keine zusätzlichen Lärmbelastungen; keine Einschränkung der Erholungsfunktion; die das Umfeld durchziehenden Feldwirtschaftswege können von der lokalen Bevölkerung weiterhin zum Spaziergehen, Radfahren, etc. genutzt werden; keine Trennung von essenziellen Wegeverbindungen; positive Auswirkungen durch die CO₂-freie Erzeugung elektrischer Energie als wichtiger Beitrag zur dringend notwendigen Abmilderung des Klimawandels und mit positiven Wirkungen auf die menschliche Gesundheit
- Schutzgut Kultur- und Sachgüter: keine Kultur- und Baudenkmäler betroffen; keine Beeinträchtigung
- Schutzgebiete: keine Schutzgebiete betroffen; auch indirekte Beeinträchtigungen können aufgrund der ausreichend großen Entfernung zu den dichtesten Schutzgebieten ausgeschlossen werden

2. Art und Weise der Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Zur Berücksichtigung möglichst vieler relevanter Belange wurde vom 02.05.2023 bis zum 02.06.2023 eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB und Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Zu der Planung haben sich während der frühzeitigen Beteiligung Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert.

Das Forstamt Bad Sobernheim hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass zum Schutz des geplanten Solarparks vor umstürzenden Bäumen aus dem angrenzenden Waldgebiet ein ausreichend dimensionierter Schutzabstand zum angrenzenden Wald eingehalten werden sollte. Dem Hinweis wurde gefolgt. Die Baugrenze wurde zum angrenzenden Wald mit einem Abstand von 30m festgesetzt. Darüber hinaus wurde eine Festsetzung aufgenommen mit der sichergestellt wird, dass die Bebauung inkl. Zaun einen Abstand von 3 m zum nördlich und östlich entlang des Plangebietes verlaufenden Holzabfuhrweges einhalten wird.

Das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass gemäß § 42 Nachbarschaftsgesetz Rheinland-Pfalz Einfriedigungen von der Grenze eines landwirtschaftlich genutzten Grundstückes, das außerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils liegt und nicht in einem Bebauungsplan als Bauland zugewiesen ist, auf Verlangen des Nachbarn 0,5 m zurückgesetzt werden müssen und Einfriedigungen ebenfalls von der Grenze eines Wirtschaftsweges 0,5 m zurückgesetzt werden

müssen. Der Hinweis wurde als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass sich innerhalb des Plangebietes zwei Wirtschaftswege befinden, die durch das Vorhaben überplant werden. Der Ortsgemeinderat hat in seiner Sitzung am 18.07.2023 die Satzung über die Aufhebung und Einziehung der gemeindlichen Wirtschaftswege, Gemarkung Schmidthachenbach, Flur 8, Flurstücke 103 und 104 beschlossen. Die Genehmigung durch die Kreisverwaltung als Aufsichtsbehörde erfolgte am 15.08.2023. Die Bekanntmachung der Satzung erfolgte im Amtsblatt der Verbandsgemeinde am 07.09.2023. Die gemeindlichen Wirtschaftswege, Gemarkung Schmidthachenbach, Flur 8, Flurstücke 103 und 104 werden, da kein öffentliches Interesse an der Beibehaltung der Wegeparzellen mehr besteht, aufgehoben und eingezogen. Die umliegenden Grundstücke sind anderweitig erschlossen.

Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde hin. Der Hinweis war bereits im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten.

Das Landesamt für Geologie und Bergbau hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass im Bereich des Bebauungsplanes "Solarpark Schmidthachenbach" kein Altbergbau dokumentiert ist und aktuell kein Bergbau unter Bergaufsicht erfolgt. Zudem wurden allgemeine bodenschutzrechtliche Hinweise vorgebracht, die als Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen wurden.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach wies in seiner Stellungnahme darauf hin, dass es sofern nach der Installation der Module zu Blendwirkungen durch Lichtreflexionen kommen sollte, seitens der Ortsgemeinde bzw. des Vorhabenträgers entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen sind, um gefährdende Einwirkungen auf die Verkehrsteilnehmer zu unterbinden. Die geplante Ausrichtung und Bauart der Solarmodule sowie die Entfernung zur K 42 (ca. 1 km) gewährleisten, dass Verkehrsteilnehmer nicht von Lichtreflexionen betroffen sein werden, so dass keine Blendrisiken bestehen. Die darüber hinaus vorgebrachten allgemeinen Hinweise und Auflagen des LBM wurden als Hinweise in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen.

Die Landwirtschaftskammer hat in ihrer Stellungnahme grundsätzliche Bedenken gegenüber der Planung vorgebracht, da der Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen gem. LEP IV flächenschonend zu erfolgen habe. Der Grundsatz G 166 des LEP IV verlange, „dass Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen errichtet werden sollen“. Daher sei bei allen Überlegungen der vorbereitenden Bauleitplanung mit einem konkreten Nachweis zu prüfen, ob im gesamten Raum der jeweiligen Flächennutzungsplanung auf VG-Ebene entsprechende Konversionsflächen zur Verfügung stehen. Nach G 166 sei es demnach erforderlich, dass zunächst nachweislich alle Potentiale von Konversions- und Deponieflächen erschlossen und zu nutzen sind. Weiterhin verlange der flächenschonende Ausbau darüber hinaus die Einbeziehung von Alternativen. Daher seien ergänzend alle Potentiale von Dachflächen in den Kommunen zu ermitteln. Neben privaten Gebäuden zählen hierzu alle Gebäude der öffentlichen Hand. Des Weiteren führe eine Überplanung und Einzäunung der Flächen zu Jagdpachtminderungen, die sich wiederum negativ auf den landwirtschaftlichen Wegebau auswirken würden, da diese in der Regel von Geldern der Jagdgenossenschaft mitfinanziert werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich durch die Umzäunung der PV-Anlage der Wildschaden vermehrt auf den angrenzenden Flächen konzentriert. Für die Errichtung von

Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen sollte grundsätzlich keine naturschutzfachliche Kompensation eingefordert werden. Durch die Erzeugung regenerativer Energie und durch die i.d.R. extensive Nutzung der verbleibenden Flächen ergeben sich bereits Aufwertungspotenziale, die verbindlich anzurechnen seien. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurden eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ Im Landesentwicklungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz (LEP IV) ist der Grundsatz des „sparsamen Umgangs mit Boden“ wie folgt definiert: „Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.“ Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung. Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Schmidthachenbach. Militärische Konversionsflächen auf Schmidthachenbacher Gemarkung sind nicht vorhanden. In der naturräumlichen Einheit, der das Plangebiet angehört, liegt die durchschnittliche Ertragsmesszahl bei 41. Es steht dem Träger der Bauleitplanung jedoch frei auch eine andere Bezugsgröße, z.B. die durchschnittliche Ertragsmesszahl im Verbandsgemeindegebiet, heranzuziehen. Die Ackerzahlen im Gebiet liegen größtenteils zwischen 20 bis 40, was dem niedrigen Bereich zuzuordnen ist (zweitniedrigste Stufe in der 6-stufigen Skala). Auch im Vergleich mit der durchschnittlichen Ertragsmesszahl im Landkreis Birkenfeld, die zwischen 35 und 45 liegt, sowie in der Gemarkung Schmidthachenbach mit einem Durchschnittswert von 40, liegen die Werte innerhalb des Solarparkgebietes größtenteils im unteren Bereich. Diese Bewertung spiegelt sich auch bei der Bewertung des natürlichen Ertragspotenzials wider, das laut BFD50 als gering eingestuft wird. Die Bedeutung des betroffenen Gebietes für die landwirtschaftliche Nutzung ist daher bezüglich der natürlichen Nutzungseignung größtenteils als gering zu bewerten. Zu diesem Ergebnis kommt man auch bei einer Interpretation der Gesamtbewertung der Bodenfunktionsbedeutung bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung (BFD5 L). Dem Boden des Plangebietes wird bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung größtenteils ein geringer, im südlichen Teil ein sehr geringer Bodenfunktionswert zugeordnet. Bezüglich der natürlichen Standortgegebenheiten kommt dem Solarparkgebiet für die landwirtschaftliche Nutzung demnach insgesamt eine geringe Bedeutung zu. Dies wird dadurch bestätigt, dass die Ortsgemeinde Schmidthachenbach inkl. Plangebiet gemäß der Neuabgrenzung 2020 zu den benachteiligten Gebieten zählt. Dieser Einstufung folgend wird das Vorhabengebiet im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe lediglich als „sonstige Landwirtschaftsfläche“, nicht aber als Vorranggebiet für die Landwirtschaft

dargestellt. Ziele der Raumordnung sind nicht betroffen, daher bestehen seitens der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe keine Einwände gegen die vorgelegte Planung. Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Stellungnahme aufgefordert. Dieser hat keine Bedenken hinsichtlich einer durch das Planvorhaben verursachten Jagdpachtminderung vorgebracht. Sofern durch den Betrieb des Solarparks wider Erwarten eine Jagdpachtminderung verursacht wird, wird eine gemeinsame Regelung zwischen dem Betreiber des Solarparks und der Ortsgemeinde gefunden. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Die Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe wies darauf hin, dass der geplante Solarpark vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild liege. Es handele sich hierbei um einen Grundsatz der Raumordnung, der der gemeindlichen Abwägung zugänglich ist. Grundsätzlich kann eine Vereinbarkeit bei einer landschaftsgerechten Einbindung der Anlage hergestellt werden. Da es sich bei dem Plangebiet größtenteils um eine Ackerfläche handelt, die nicht für Erholung und Tourismus genutzt werden kann, und auch keine offiziellen Wander-/ Radwege oder sonstige touristische Infrastrukturen im näheren Umfeld liegen, die beeinträchtigt werden könnten, ist der geplante Solarparkstandort für die touristischen Belange ohne Relevanz. In der touristischen Inwertsetzung spielt das Gebiet maximal eine untergeordnete Rolle. Der Landschaftsraum des Plangebietes zeigt zwar ein ansprechendes und harmonisches Landschaftsbild ohne größere visuelle Vorbelastungen, um einen besonders herausragenden oder bedeutsamen Landschaftsbereich mit einer im Speziellen zu schützenden Eigenartsausprägung, Erlebnisqualität, Vielfältigkeit oder besonderen kulturhistorischen Bedeutung handelt es sich jedoch nicht. In der Abwägung gegenüber Landschaft und Erholung wurde daher der im überragenden öffentlichen Interesse liegenden und der öffentlichen Sicherheit dienenden Photovoltaiknutzung der Vorrang eingeräumt.

Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord brachte in ihrer Stellungnahme allgemeine Hinweise zur Starkregenvorsorge vor. Es wurde ein entsprechender Hinweis in den Textteil des Bebauungsplanes aufgenommen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde entsprechend redaktionell ergänzt.

Die Pledoc GmbH wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass durch die Festsetzung externer Kompensationsmaßnahmen ggf. eine Betroffenheit von Versorgungseinrichtungen nicht auszuschließen sei. Es wurde um Mitteilung der planexternen Flächen bzw. um weitere Beteiligung an diesem Verfahren gebeten.

Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz wies darauf hin, dass durch die Einzäunung der Anlage der Lebensraum und die Lebensweise (Wildwechsel, etc.) von Wildtieren eingeschränkt werden würde und deshalb Pendeltore oder ähnliches vorzusehen seien. Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen. Um die Durchlässigkeit der Zaunanlage für Klein- und Mittelsäuger sowie Amphibien u. ä. zu gewährleisten, wurde festgelegt, dass die Zaununterkante mindestens 20 cm über der Geländeoberfläche liegen muss. Bezüglich größerer Tiere werden in dem im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellten Gutachten zur umweltverträglichen Standortsteuerung von Solar-Freiflächenanlagen (2022) erst ab einer Längenausdehnung von 500 m spezielle Maßnahmen zur Vermeidung von Barrierewirkungen empfohlen. Der geplante Solarpark Schmidthachenbach unterschreitet diese Längenausdehnung. Pendeltore o.ä. werden daher nicht vorgesehen.

Seitens der Nachbargemeinden wurden im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 2 Abs. 2 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

Seitens der Öffentlichkeit wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB die Anregung vorgebracht, dass an der Nordflanke des Solarparks, entlang des Wirtschaftsweges, ein Feldgehölzstreifen angelegt werden sollte, damit sich die Photovoltaikanlage sehr gut in die Umgebung einfügt und die Sichtbarkeit aus dem Ortsgebiet deutlich reduziert wird. Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen. Die vorgeschlagene visuelle Abschirmung des Solarparks durch eine Sichtschutzpflanzung entlang der Nordgrenze ist aufgrund der Oberhanglage nicht zielführend, da auch bei einer Hecke von Schmidthachenbach aus Sichtbezüge bestehen würden und eine solche Sichtschutzpflanzung mit keinen größeren, die visuellen Wirkungen einschränkenden oder abmildernden Wirkungen verbunden wäre. Unter Berücksichtigung der artspezifischen Ansprüche der im Gebiet vorkommenden Feldlerche, die auf hohe Vertikalstrukturen wie höhere Hecken mit Meideverhalten reagiert, wurde daher auf eine Sichtschutzpflanzung verzichtet. Aufgrund der großen Mindestentfernung zu Schmidthachenbach von 500 m wird keine dringende Notwendigkeit eines Sichtschutzes gesehen.

Die formale Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB fand vom 15.01.2024 bis zum 16.02.2024 statt.

Im Rahmen der formellen Beteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB haben sich Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geäußert.

Die Untere Naturschutzbehörde wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass keine Bedenken gegen das Planvorhaben bestünden, sofern die Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen entsprechend Kapitel 14ff des Umweltberichtes umgesetzt werden würden. Die in Kapitel 14ff des Umweltberichtes genannten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen sowie Kompensationsmaßnahmen waren bereits verpflichtend im Bebauungsplan festgesetzt.

Das Dienstleistungszentrum ländlicher Raum (DLR) wiederholte in seiner Stellungnahme die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Hinweise. Diese waren wie weiter oben dargelegt bereits im vorgelegten Entwurf des ausgelegten Bebauungsplanes enthalten.

Das Forstamt Bad Sobernheim präzisierte die erfolgten Hinweise aus Stellungnahme der frühzeitigen Beteiligung insofern, dass zum angrenzenden Douglasienbestand ein erhöhter Abstand von 45 m vorgeschlagen wurde. Der in Rede stehende Wald befindet sich im Eigentum der Ortsgemeinde Schmidthachenbach. Zwischen Vorhabenträger und Ortsgemeinde wurde eine Haftungsfreistellung vereinbart, so dass auf die Einhaltung des in der Stellungnahme vorgeschlagenen erhöhten Abstandes zum Douglasienbestand von 45 m verzichtet werden kann. Es findet kein Eingriff in vorhandenen Waldstrukturen und somit keine Änderung der Bodennutzungsart statt.

Die GDKE, Direktion Landesarchäologie, Außenstelle Trier wies erneut auf die Anzeige-, Erhaltungs- und Ablieferungspflicht für archäologische Funde bzw. Befunde (§§ 16–19 DSchG RLP) hin. Der Hinweis war bereits im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten.

Der Landesbetrieb Mobilität Bad Kreuznach wies auf die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung vorgebrachten Hinweise und Auflagen hin, die bereits als Hinweise im vorgelegten Entwurf des Bebauungsplanes enthalten waren.

Die Landwirtschaftskammer erneuerte in ihrer Stellungnahme die grundsätzlichen Bedenken gegen das Planvorhaben, da nach Interpretation der Landwirtschaftskammer des Grundsatzes 166 des Landesentwicklungsprogrammes IV zunächst alle anderen Möglichkeiten der Realisierung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen seien, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden könne (Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen usw.). Es wurde zudem auf das Regionale Energiekonzept Baustein: Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik im Rahmen der 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Rheinhessen-Nahe verwiesen, wonach wurden FFPV-Anlagen, die auf Ackerflächen eine Ertragsmesszahl von über 35 überschreiten, als nicht vereinbar mit den raumordnerischen Zielen anzusehen seien. Die tatsächliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen sei auf max. 2 % der Anbauflächen beschränkt. Zudem wirkten sich die Flächenentzüge im beschriebenen Umfang negativ auf die Agrarstruktur, die Boden- und Pachtpreise sowie auf einzelne Betriebsstrukturen aus. Eine Rückführung der Flächen nach Ablauf der PV-Nutzung sei nur bedingt möglich, da sich die Flächen bauleitplanerisch in einem Sondergebiet befänden und eine intensive Grünlandbewirtschaftung entsprechend der geltenden Gesetzgebung fraglich sei. Die Realisierungswahrscheinlichkeit und Grundstückssicherung seien keine raumordnerischen Belange, sondern betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Eigentümer und stellen somit keine objektiven Abwägungskriterien dar. Hinzu käme, dass mögliche Brutreviere für die Feldlerche betroffen seien, was zu vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen auf weiteren Ackerflächen außerhalb des Planungsbereiches führe, wodurch es zu weiteren agrarstrukturellen Nachteilen durch die erheblichen Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung und zu Flächenverlusten kommen würde. Des Weiteren führe eine Überplanung und Einzäunung der Flächen zu Jagdpachtminderungen, die sich wiederum negativ auf den landwirtschaftlichen Wegebau auswirken würden, da diese in der Regel von Geldern der Jagdgenossenschaft mitfinanziert werden. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich durch die Umzäunung der PV-Anlage der Wildschaden vermehrt auf den angrenzenden Flächen konzentriert. Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landwirtschaftskammer wurden zur Kenntnis genommen und im Folgenden zu den einzelnen Punkten Stellung bezogen. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen. Darüber hinaus wurde eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ Im Landesentwicklungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz (LEP IV) ist der Grundsatz des

„sparsamen Umgangs mit Boden“ wie folgt unter definiert:

„G 166

Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen, entlang von linienförmigen Infrastrukturtrassen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden. Als Kenngröße für vergleichsweise ertragsschwächere landwirtschaftliche Flächen soll die regionaltypische Ertragsmesszahl herangezogen werden.“

Die 2. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplans Rheinhessen-Nahe nimmt den v.g. Grundsatz des LEP IV, wie folgt auf:

„G_N168

Von baulichen Anlagen unabhängige Photovoltaikanlagen sollen flächenschonend, insbesondere auf zivilen und militärischen Konversionsflächen sowie auf ertragsschwachen, artenarmen oder vorbelasteten Acker- und Grünlandflächen errichtet werden.“

Die Alternativenprüfung erfolgte anhand dieser Kriterien. Eine Betrachtung der gesamten Dachflächen der Verbandsgemeinde ist weder umsetzbar noch im Sinne der Gesetzgebung. Es verläuft weder eine Autobahn noch eine Bahntrasse innerhalb der Gemarkung Schmidthachenbach. Militärische Konversionsflächen auf Schmidthachenbacher Gemarkung sind nicht vorhanden. Es befinden sich keine zivilen und/oder militärischen Konversionsflächen in der Ortsgemeinde Schmidthachenbach. Gem. dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe handelt es sich vorliegend um eine sonstige Landwirtschaftsfläche und nicht um ein Vorranggebiet für die Landwirtschaft. Die in Rede stehende Potenzialanalyse ist zudem als Instrument zur Positiv-Ausweisung von Potenzialflächen zu verstehen und nicht, wie dargelegt, als restriktives Planwerk mit Ausschlusswirkung. Zudem besitzt das Regionale Energiekonzept Baustein: Potenzialstudie Freiflächen-Photovoltaik keinen rechtsbindenden Charakter. Der Ortsgemeinde obliegt - außerhalb der in der Potenzialstudie dargestellten Vorbehaltsgebiete für Photovoltaik - weiterhin die Planungshoheit zur Aufstellung von Bebauungsplänen mit der Zielsetzung Ausweisung zusätzlicher Sondergebiete zur Errichtung von Solarparks. Wie viel Hektar der in der v.g. Studie dargestellten Potenzialflächen für Vorbehaltsgebiete für Freiflächen-Photovoltaik innerhalb der Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen tatsächlich umgesetzt werden können, lässt sich derzeit nicht verlässlich prognostizieren; insbesondere da die Potenzialstudie nicht berücksichtigt, ob die Flächen tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Darüber hinaus wurden nur Flächen mit einer Größe > 20 ha dargestellt. Im Rahmen der vorliegenden Abwägung können derzeit unbestimmte Vorhaben nicht behandelt werden. Gem. dem Leitfaden zur Planung und Bewertung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen des Ministeriums für Inneren und für Sport, welcher aus raumordnerischer Sicht die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen aufgreift und die Vorgaben aus der vierten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms konkretisiert, ist die Bezugsgröße der Prozentangabe die vom Statistischen Landesamt ermittelte Ackerfläche des Landes, nicht einer Verbandsgemeinde. In einzelnen Kommunen können auch mehr als 2 Prozent ihrer Ackerfläche für FFPV-Anlagen in Anspruch genommen, d.h. überplant werden, solange dies mit den Belangen der örtlichen Landwirtschaft vereinbar ist. Die Belange der örtlichen Landwirtschaft sind aus raumordnerischer Sicht grundsätzlich gewahrt, wenn bei Überschreitung der 2 Prozent keine

Vorranggebiete Landwirtschaft oder insgesamt nicht mehr als 5 Prozent der örtlichen Ackerfläche in Anspruch genommen werden. Der Errichtung der geplanten PV-Freiflächenanlage stehen somit keine raumordnerischen Ziele entgegen. Dies wird auch durch die im Rahmen der Beteiligung eingebrachte Stellungnahme der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe bestätigt:

„der geplante Solarpark liegt vollständig in einem Vorbehaltsgebiet Freizeit, Erholung und Landschaftsbild. Hierbei handelt es sich um einen Grundsatz der Raumordnung, der der gemeindlichen Abwägung zugänglich ist. Grundsätzlich kann eine Vereinbarkeit bei einer landschaftsgerechten Einbindung der Anlage hergestellt werden.

Ziele der Raumordnung sind hingegen nicht betroffen, daher bestehen keine Einwände gegen die vorgelegte Planung.“

Die Ackerzahlen im Gebiet liegen größtenteils zwischen 20 bis 40, was dem niedrigen Bereich zuzuordnen ist (zweitniedrigste Stufe in der 6-stufigen Skala). Auch im Vergleich mit der durchschnittlichen Ertragsmesszahl im Landkreis Birkenfeld, die zwischen 35 und 45 liegt, sowie in der Gemarkung Schmidthachenbach mit einem Durchschnittswert von 40, liegen die Werte innerhalb des Solarparkgebietes größtenteils im unteren Bereich. Diese Bewertung spiegelt sich auch bei der Bewertung des natürlichen Ertragspotenzials wider, das laut BFD50 als gering eingestuft wird. Die Bedeutung des betroffenen Gebietes für die landwirtschaftliche Nutzung ist daher bezüglich der natürlichen Nutzungseignung größtenteils als gering zu bewerten. Zu diesem Ergebnis kommt man auch bei einer Interpretation der Gesamtbewertung der Bodenfunktionsbedeutung bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung (BFD5 L). Dem Boden des Plangebietes wird bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung größtenteils ein geringer, im südlichen Teil ein sehr geringer Bodenfunktionswert zugeordnet. Bezüglich der natürlichen Standortgegebenheiten kommt dem Solarparkgebiet für die landwirtschaftliche Nutzung demnach insgesamt eine geringe Bedeutung zu. Dies wird dadurch bestätigt, dass die Ortsgemeinde Schmidthachenbach inkl. Plangebiet gemäß der Neuabgrenzung 2020 zu den benachteiligten Gebieten zählt. Dieser Einstufung folgend wird das Vorhabengebiet im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe lediglich als „sonstige Landwirtschaftsfläche“, nicht aber als Vorranggebiet für die Landwirtschaft dargestellt. Der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e.V. wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung zur Stellungnahme aufgefordert. Dieser hat keine Bedenken hinsichtlich einer durch das Planvorhaben verursachten Jagdpachtminderung vorgebracht. Sofern durch den Betrieb des Solarparks wider Erwarten eine Jagdpachtminderung verursacht wird, wird eine gemeinsame Regelung zwischen dem Betreiber des Solarparks und der Ortsgemeinde gefunden. Die externen Kompensationsmaßnahmen zum Schutz der Feldlerche wurden auf Grundlage der Ergebnisse des zwischenzeitlich fertiggestellten und ebenfalls vorgelegten Umweltberichtes festgesetzt. Die v.g. Maßnahmen sind zur rechtskonformen Umsetzung des Planvorhaben erforderlich. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Die Einwände der Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz gegen das Planvorhaben bezogen sich darauf, dass die Überbauung von Grünflächen in der geplanten Form abzulehnen sei, da die gesamte Fläche anderweitig nicht mehr nutzbar ist (der Ausbau erfolge nicht flächenschonend, wie im LEP IV verlangt). Zudem werde das Vorkommen der Feldlerche vollkommen überbaut; auch das Nahrungshabitat für den

Grünspecht sei erheblich beeinträchtigt. Die vorgesehene Umzäunung verhindere die Nahrungsaufnahme für verschiedene Wildarten, da der Zugang zur Fläche nur für kleinere Wildtiere erlaubt werden soll; so bliebe Rehwild vollkommen ausgeschlossen. Des Weiteren fehle es in der Planung an sinnvollen Vorschlägen für einen Ausgleich. Die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Landes-Aktions-Gemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz wurden zur Kenntnis genommen und im Folgenden zu den einzelnen Punkten Stellung bezogen. Solarparks leisten einen Beitrag zur Erreichung der Energiewende im Sinne einer dezentralen Produktion erneuerbarer Energien und dient somit dem Allgemeinwohl. Die Landwirte sind durch den temporären Wegfall von Teilen ihrer Produktionsflächen nicht in ihrer Existenz gefährdet. Auf den Flächen werden keine Pestizide oder sonstige für Flora und Fauna schädlichen Substanzen eingetragen, sodass eine Regeneration erfolgen kann. Darüber hinaus wurde eine Rückbauverpflichtung und Folgenutzung „Landwirtschaft“ per Festsetzung in den Bebauungsplan aufgenommen. Somit ist gewährleistet, dass die überplanten Flächen nach Beendigung der photovoltaischen Nutzung wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen können. Zudem wird in § 2 des EEG 2023 der Errichtung von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, wie folgt Vorrang eingeräumt: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.“ Bei dem in Rede stehenden Plangebiet handelt es sich nicht um ein essentielles Nahrungshabitat für Rehwild. Größeren Tierarten stehen im direkten Umfeld des Plangebietes ausreichende Nahrungshabitate zur Verfügung. Erhebliche negative Beeinträchtigungen sind somit nicht zu erwarten. Auf Grundlage des fertiggestellten und ebenfalls vorgelegten Umweltberichtes wurden externe Kompensationsmaßnahmen zum Schutz der Feldlerche im Bebauungsplan festgesetzt. Nach dem Umweltbericht sind negativen Beeinträchtigungen von Grünspechten nicht zu erwarten. Nach Abwägung aller obenstehenden Punkte kann der Photovoltaik-Freiflächenanlage der Vorrang gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung gewährt werden.

Seitens der Öffentlichkeit oder der Nachbargemeinden wurden im Rahmen der Beteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB keine Hinweise, Einwände oder Bedenken zum vorliegenden Bebauungsplan vorgebracht.

3. Ergebnisse der geprüften alternativen Planungsmöglichkeiten und Begründung für die Auswahl der Fläche

Alternativen wurden im Rahmen der Standortsuche sowie der Erstellung des Bebauungsplanes untersucht.

Der Vorhabenträger plant eine Freiflächen-Photovoltaik-Anlage.

Bei der Standortsuche konzentrierte sich die solargrün GmbH auf Flächen in der Ortsgemeinde Schmidhachenbach, aus denen ein großflächiges, zusammenhängendes Plangebiet geschaffen werden kann, unter Berücksichtigung der Restriktionen durch Schutzgebiete, landesplanerische Vorgaben oder bestehende Nutzungen sowie Exposition und Topografie, Größe der Fläche, ökologische Wertigkeit und Eigentumsverhältnisse bzw. Flächenverfügbarkeit.

In der Gemarkung Schmidthachenbach liegt die durchschnittliche Ertragsmesszahl bei 40. Gem. Auskunft der Landwirtschaftskammer liegen die Acker- und Grünlandzahlen innerhalb des Plangebietes zwischen 26 und 41, wobei der Großteil des Plangebietes eine Ertragsmesszahl von unter 40 aufweist. Das Plangebiet weist demnach eine insgesamt unterdurchschnittliche Ertragsmesszahl auf.

Auf Grundlage der genannten Kriterien fiel die Wahl auf das Plangebiet.

Angesichts der Ausrichtung eignet sich der gewählte Standort gut zur Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage.

Gleichzeitig bedingt die bereits bestehende Erschließung des Gebietes eine Minimierung der ökologischen Beeinträchtigungen und damit eine größtmögliche Umwelt-verträglichkeit.

Weitere Standortalternativen ergaben sich aufgrund der Flächenverfügbarkeit sowie der gewünschten Nutzung mit spezifischen Anforderungen an Andienung und Zuschnitt sowie der bauplanungsrechtlich zulässigen Nutzung nicht.

Auf dem Standort selbst wurden mehrere Alternativen hinsichtlich Bebauung bzw. Aufstellung der Freiflächen-Photovoltaik-Anlage untersucht. Aufgrund der Abhängigkeit von der Besonnung ist die im Bebauungsplan dargestellte Alternative allerdings die einzige, welche alle erforderlichen funktionalen Anforderungen erfüllt.